

## Vermerk: Höhenbeschränkungen im Windenergiegebiet

Gemäß dem Windenergiebedarfsgesetz ist in jedem Bundesland ein prozentualer Anteil der Landesfläche nach Maßgabe der Anlage (Flächenbeitragswert) für die Windenergie an Land auszuweisen (§ 2 Wind BG). Nach § 4 Abs. 1 S. 5 WindBG sind Flächen, die in Plänen ausgewiesen werden, die nach dem 1. Februar 2023 wirksam geworden sind und Bestimmungen zur Höhe baulicher Anlagen enthalten, nicht auf den Flächenbeitragswert anzurechnen. Der Satz 5 wurde grundsätzlich mit der Intention eingefügt, zu verhindern, dass Vorgaben getroffen werden, die die Nutzbarkeit der Fläche für die Windenergie einschränken bzw. dass planerische Einschränkungen entstehen.<sup>1</sup> Damit beugt der Gesetzgeber Regelungen vor, bei denen durch Höhenbeschränkungen die Wirkung der Ausweisung als Windenergiegebiet konterkariert wird und im Ergebnis eine Verhinderungsplanung entsteht.<sup>2</sup>

Der Wortlaut des Gesetzes gibt jedoch nicht her, ob jede Art der Höhenbeschränkung zu einer Nicht-Anrechenbarkeit führt oder ob sich die Höhenbeschränkung nur nicht auf die Windkraftanlagen beziehen darf, damit die Flächen auf den Flächenbeitragswert angerechnet werden können. Die Begründung zu Satz 5 ist an der Stelle nicht eindeutig.<sup>3</sup> Mehr Klarheit verschafft allerdings der Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2023/2413 in den Bereichen Windenergie an Land und Solarenergie sowie für Energiespeichereinrichtungen am selben Standort. Gemäß dem Entwurf soll nach Satz 5 des § 4 Abs. 1 WindBG ein weiterer Satz eingefügt werden: *Höhenbegrenzungen auf Flächen, die nicht aus Planbestimmungen folgen, hindern die Anrechenbarkeit der Flächen nicht.* In der Begründung heißt es dazu: *Der neu eingeführte Satz 6 stellt danach klar, dass die Anrechenbarkeit von Flächen nur dann ausgeschlossen ist, wenn jene im Plan mit Bestimmungen zur Begrenzung der Höhe von Windenergieanlagen versehen sind. Rein ordnungsrechtlich begründete Höhenbeschränkungen, auch wenn sie bei Erlass eines Plans absehbar sind, sind deshalb von den Bestimmungen zur Höhe baulicher Anlagen im Plan abzugrenzen.*<sup>4</sup> Die Begründung stellt an der Stelle klar, dass sich Satz 5 nur auf Höhenbeschränkungen von Windenergieanlagen beziehen soll. Vor diesem Hintergrund und der Intention von § 4 Abs. 1 S. 5 WindBG, wird es für die vorliegende Planung als zulässig betrachtet, eine bedingte Festsetzung zur Höhe baulicher Anlagen aufzunehmen (TF 1 Abs. 4). Sobald die Flächen im Sondergebiet „Wind und Solar“ für Windkraftzwecke benötigt werden, ist auf diesen Flächen ausschließlich die Errichtung von Windkraftanlagen einschließlich zugehöriger Nebenanlagen und technischen Einrichtungen zulässig. Zugleich entfällt auf diesen Flächen auch die Festsetzung zur Höhe baulicher Anlagen.

---

<sup>1</sup> Raschke, Roscher (2024): Planerische Steuerung erneuerbarer Energien im Lichte der Novelle des Raumordnungsgesetzes und der Änderungen des Baugesetzbuches. In: ZfBR 2024, S. 120; Mitschang, Reidt in Battis/Krautzberger/Löhr Baugesetzbuch 16. Auflage 2025 § 249 Rn. 15

<sup>2</sup> Gatz, Tyczewski in: Hoppenberg/deWitt Handbuch des öffentlichen Baurechts Werkstand 63. EL November 2024, Z V. Windenergieanlagen, Rn. 27.

<sup>3</sup> BT-Drs. 20/2654, S. 5

<sup>4</sup> BT-Drs. 20/12785, S. 43, 44.